

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

209 (9.9.1930)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gebräuchlichsten Millimeterzeile 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei Nichterhaltung der Zahlungsfrist, bei gerichtslicher Betreuung und bei Sonstigen außer Kraft tritt o. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe L. 3. o. Sühler der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufhebkunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ohne Zustellung 2.20 Mark o. Durch Me. D. 2.00 Mark o. Einjahrespreis 15 Pfennig o. Erschließung 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postkontonummer 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 3, Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkstfreund-Verlag: Durck, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Raffalt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße

Nummer 209

Karlsruhe, Dienstag, den 9. September 1930

50. Jahrgang

Wie kommt Wirtschaftsgesundung?

Kundfunkrede von Dr. Herx

Am Berliner Rundfunk sprach am Montag der sozialdemokratische Abg. Dr. Paul Herx über das Thema: „Wirtschaftsverfall und Wirtschaftsgesundung“. Zusammenfassend sagte Herx über die Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise:

„Die wichtigste Rolle zur Überwindung der Wirtschaftskrise kommt dem beschleunigten Abbau der Preise zu. In seinem Buche „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ sagte der Professor an der Berliner Handelshochschule, Dr. Bonn, das gleiche. Einen ähnlichen Standpunkt hat auch die jehische Reichsregierung eingenommen, als sie in der Begründung zu ihrer Notverordnung darlegte: „Die mangelnde Anpassung der gebundenen Preise in einer Zeit, in der die gesamte deutsche Wirtschaft unter dem Druck einer schweren Depression steht, erschwert und verzögert die Überwindung wirtschaftlicher Not, führt zu Bruchliegen menschlicher Arbeitskraft und technischer Anlagen weit über das unmittelbar durch die Krise an sich bedingte Maß hinaus.“

Leider ist bisher nach dieser Erkenntnis nicht ernsthaft getandelt und von den schönen Machtbefugnissen gegenüber mächtigen Kartellen und Monopolen zur Senkung der Preise kein Gebrauch gemacht worden. Senkung der überhöhten Preise bei Erhaltung eines Reallohnes der Beschäftigten und die Unterbindung der Unbeschäftigten ist jedoch nach wie vor die entscheidende wirtschaftliche Maßnahme zur Besserung.

Die vielfach im Frühjahr gegebene Hoffnung auf allmähliche Besserung im Laufe des Sommers hat sich nicht erfüllt. Das ist umso bemerkenswerter, weil sowohl die Senkung der Zinsen, als auch der Sturz der Preise für Rohstoffe zwei heilsame Momente boten. Das ist keine Meinung geblieben, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft weiter fortgeschritten ist, beruht im wesentlichen auf einer Vertrauenskrise. Sie ist zurückzuführen auf die

politische Unsicherheit, die die Auflösung des Reichstags, die Anwendung des Artikel 48 und gewisse abenteuerliche Pläne für die Zukunft geschaffen haben. Diese Auflösung wird auch in dem letzten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung vertreten. Ferner ist die Unsicherheit hervorgerufen durch die mangelhafte Sanierung der öffentlichen Finanzen. Nach wie vor gilt der von mir seit Jahr und Tag vertretene Standpunkt, daß die Sanierung der Finanzen der Sanierung der Wirtschaft vorausgehen müsse und man die Sanierung der Finanzen nicht von der Sanierung der Wirtschaft abhängig machen dürfe.

Noch wichtiger aber ist die Beseitigung der politischen Unsicherheit. Die Kapitalflucht, eine der wichtigsten Ursachen für die Schärfe der Krise hat in den letzten Wochen, wie allseitig zugegeben wird, einen geradezu verheerenden Umfang angenommen und immer weitere Kreise gezogen. Ohne Zweifel hat auch das auf die Gesamtwirtschaft ebenso ungünstig gewirkt, wie die Unsicherheit über die politische Zukunft in Deutschland. Die Stagnation im Arbeitsmarkt, die fehlende Unternehmungslust, die Unsicherheit an der Börse, das alles sind Symptome, wie gefährlich politische Unsicherheit für das Wirtschaftsleben ist. Wird sie nicht beseitigt, wachsen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, bleibt die Arbeitslosigkeit Dauerzustand. Die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände, die unbedingte Sicherung des demokratisch-parlamentarischen Regierungssystems und das Befolgen am außenpolitischen Verständigungsgedanken, sind daher die obersten Voraussetzungen für einen Wirtschaftsaufschwung, an dessen Ende die Wirtschaftsgesundung stehen soll.

An diese wirtschaftlichen Darlegungen von Dr. Herx anknüpfend, kann man sagen, daß eine starke Sozialdemokratische Voraussetzung der Wirtschaftsbesserung ist. Wer daher Besserung will, wählt am 14. September

Liste 1, Sozialdemokraten!

Die Arbeitslosigkeit in Rußland

„Land ohne Arbeitslose“ oder Potemkinische Dörfer

Das zaristische Rußland war groß im offiziellen Schwandel. Die Potemkinischen Dörfer, d. h. das gemalte Paradies, das den tschakischen und Krim- und Kaukasus-Expeditionen entgegengebracht wurde, ist eine russische Erfindung. Potemkinische Dörfer fabriziert auch Sowjetrußland. Es erzählt der Welt, es sei das „Land ohne Arbeitslose“. Wie es jedoch mit der Arbeitslosigkeit in Rußland wirklich steht, das über eben interessante Mitteilungen der Internationalen Rundschau der Arbeit (Seite 8) der Monatschrift des Internationalen Arbeitsamtes, einigermaßen Aufschluß. Diese Mitteilungen beruhen auf Kongreßberichten und Zeitungsausschnitten, die in Rußland selbst erschienen sind und also sogar noch zu Gunsten Rußlands gefälscht sind. Die Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes zeigen, daß die Arbeitslosigkeit in Rußland schlimmer ist als in irgend einem andern Land.

In Rußland gab es im Januar 1930 — nach der russischen Arbeitslosenstatistik — 1.311.000 eingetragene Arbeitslose. Als arbeitslos kann in Rußland nicht jeder Arbeitslose eingetragen werden; in Frage kommen hierfür nur solche Leute, die von den Arbeitgebern als arbeitslos anerkannt werden. Die Zahl der nicht eingetragenen Arbeitslosen ist um ein Vielfaches höher als die der eingetragenen. Ungeachtet dessen ist die Gruppe der Arbeitslosen denen man in Rußland unterstellt, daß sie nicht ernsthaft als Arbeitslose betrachtet werden können. Unter die sogenannten Nichtarbeiter fällt sogar eine große Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter.

Wie werden in Rußland die Arbeitslosen künstlich unsichtbar gemacht? Schon 1924 strich das Arbeitsamt in Leningrad 116.084 Personen einschließlich 34.407 Gewerkschaftsmitglieder aus den Listen als Arbeitsuchende. Die Bedingungen für die Eintragung in die Arbeitslosenlisten wurden von Jahr zu Jahr schärfer. Am Grund einer Verordnung des Kommissariats für Arbeit vom 13. Juli 1929 mußten zahlreiche Arbeitslosen aus den Listen gestrichen werden.

Die Bedeutung dieser künstlichen Einschränkung der Zahl der Arbeitslosen wird erst dann völlig klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der nicht eingetragene Arbeitslose in Rußland vollständig entrechtet ist. Und aus diesem furchtbaren Tatbestand macht nun die kommunistische Presse in Deutschland ein russisches Arbeiterparadies.

Diese Irreführungen grenzen bereits an großen Unfug. Wenn Moskau mit seiner Auswahl von anerkannten Arbeitslosen aus dem großen Heer der wirklichen Arbeitslosen so fortfährt wie bisher, dann wird in Rußland die Arbeitslosigkeit bald vollständig unsichtbar gemacht sein; denn wenn schon hunderttausend von gewerkschaftlich organisierten aus den Listen der Arbeitsuchenden einfach gestrichen werden, dann kann man leichter damit rechnen, daß die unorganisierten Arbeiter in Rußland im Falle von Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr für die Zählung in Frage kommen. In Deutschland versucht man, die Arbeitslosenstatistik möglichst zu verfeinern und genau zu gestalten. Zu diesem Zweck wird jetzt eine besondere Wohlfahrtsstatistik durchgeführt. In Sowjetrußland macht man das Gegenteil: man erfährt so wenig wie möglich die Arbeitslosen und sagt dann, es gebe keine. Das ist nicht Arbeitspolitik, sondern Humbug.

Freiheitskampf der ungarischen Sozialdemokratie

Budapest, 8. Sept. (Eig. Draht.) In Budapest tagt zur Zeit im Hofsaal des Metallarbeiterverbandes der 28. Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Abgeordnete Spörki im Namen der Delegierten das feierliche Gelöbnis ab, nicht früher ruhen zu wollen, bis die ungarischen Emigranten das Recht erhalten haben, nach Ungarn zurückzukehren. Spörki richtete an die ungarischen Emigranten das Ersuchen, ihre Zweipassigkeit aufzugeben und geist den Kampf vorzubereiten.

Briands Weg nach Paneuropa

Genf, 8. Sept. (Eig. Draht.) Die Konferenz der Außenminister von 27 europäischen Staaten nahm am Montag auf Vorschlag Briands einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt, daß eine enge Zusammenarbeit aller europäischen Staaten notwendig sei. Briand wurde beauftragt, der Vollversammlung des Völkerbundes sein Memorandum zu unterbreiten. Er wird der Versammlung zugleich praktische Vorschläge zur Durchführung seines Projekts zur Kenntnis bringen.

Die Besprechung der Außenminister dauerte mehrere Stunden. Die Debatte war von England hervorgerufen, dessen Vertreter befürchtete, daß Briand die einzelnen Staaten von vornherein in einer bestimmten Richtung für sein Projekt engagieren wolle.

Standrecht in Argentinien

Buenos Aires, 8. Sept. (Eig. Draht.) Die Revolutionsregierung hat über ganz Argentinien das Standrecht verhängt und hat den Kongreß aufgelöst. In einer Proklamation erklärt die Regierung, die Verfassung zu achten, und bald Neuwahlen auszusprechen. Alle Regierungsmitglieder haben sich ehrenwörtlich verpflichtet, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen nicht zu kandidieren. Triggoren wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.

Buenos Aires, 8. Sept. General Uriburu hat als Präsident der provisorischen Regierung den Eid auf die Verfassung geleistet.

Frühzeitiger Eintritt des Winters

Der Vorstand der Forschungsstelle für langfristige Wettervorhersage, Dr. Baur, gibt auf Grund seiner mit Unterstützung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft durchgeführten Forschungen folgende Temperaturvorhersage für den Herbst 1930:

Die gegenwärtig warme und heitere Witterung wird zwar mit kurzen Unterbrechungen noch längere Zeit fortbestehen, im Oktober und November wird aber die Temperatur in Deutschland im Durchschnitt unter der normalen liegen, so daß in diesem Jahre mit einem ziemlich frühzeitigen Eintritt des Winters zu rechnen ist.

An das geistige Deutschland

Aufruf von Intellektuellen

Der Rückwärtskurs der Frankfurter Zeitung

Der sozialdemokratische Intellektuellen-Bund hat dieser Tage einen Aufruf an das geistige Deutschland veröffentlicht, der von achtzig bekannten Persönlichkeiten der deutschen Geisteswelt unterschrieben ist. U. a. sind unterschrieben: Universitätsprofessor Pfeiffer, Universitätsprofessor Dr. Erdmann, Berlin, Universitätsprofessor Gumbel, Heidelberg, Oberbürgermeister Seimeck, Bonnheim, Schriftsteller Georg Hermann, Niedargemünd, Gertrud Hermanns, Weinsia, Universitätsprofessor Dr. Ledere, Heidelberg, Universitätsprofessor Dr. Lessing, Hannover, Universitätsprofessor Dr. Maurenbrecher, München, Professor Dr. Müller, Berlin, Universitätsprofessor Dr. Radtke, Heidelberg, Universitätsprofessoren, Anna Siemens-Jena, Universitätsprofessor Dr. Tilly, Frankfurt a. M.

„In dem Aufruf heißt es u. a.: Wir wenden uns an alle, die geistig jung und aufgeschlossen sind. Es geht bei dieser Wahl um eine große Entscheidung: ob wir mit der Vergangenheit untergehen oder dem Bannerträger einer neueröffneten Zukunft sein wollen. Ein Sieg nur vorübergehender Sieger der Reaktion in Deutschland bedeutet die Katastrophe. Nur der bewußt und planvoll gemachte Ueberwiegung zu einer neuen Ordnung, die auf den Lebensnotwendigkeiten

und dem Wohl der Gesamtheit aufgebaut ist, wird Deutschland einer Zukunft entgegenführen können, in der innere Befreiung und äußere Geltung errungen werden.

Bei der Auswahl der Partei, der wir am 14. September unsere Stimme geben, um unseren politischen Willen zum Ausdruck zu bringen, müssen die großen Grundzüge entscheidend sein, nach denen eine Partei ihr Handeln bestimmen lassen will. Wer eine Zukunft des inneren und äußeren Friedens wünscht, muß sich jetzt zur Sozialdemokratie bekennen.

Der Verband hat versucht, diesen Aufruf auch in demokratischen Zeitungen, darunter der Frankfurter Zeitung als Inserat gegen den üblichen Zeilenpreis unterzubringen. Der Verlag der Frankfurter Zeitung sagte die Aufnahme zu, übermittelte dem Verband auch einen Korrekturauszug, so daß man mit dem baldigen Erscheinen des Aufrufs rechnen durfte. Alles schien in bester Ordnung, als sich bei der Frankfurter Zeitung auf einmal „grundtätige Erwägungen“ einstellten und sie die Aufnahme des Aufrufs auch als Inserat ablehnte.

Das Verhalten zeigt, daß die Frankfurter Zeitung, die einst in der ganzen Welt den Ruf eines unabhängigen Blattes genoss, ihre früher so viel gerühmte Unabhängigkeit eingebüßt hat. Ihr politischer Kurs ist nicht mehr der alte. Rückwärts, rückwärts ist die Lösung auch bei dem alten Frankfurter Blatt. Umso mehr lautet die Parole des geistigen Deutschland für den 14. September:

Wir wählen sozialdemokratisch: Liste 1.

Hakenkreuzler und Polizeispiegel

Badum, 8. Sept. (Eig. Draht.) Der vor wenigen Wochen bei einer Propagandafahrt ins bairische Land tödlich verunglückte Gewerkschaftsführer der Nationalsozialisten Budareit aus Badum war — wie sich jetzt herausgestellt hat — neben seiner hauptberuflichen Tätigkeit für die Hitlerpartei noch Spitzel im Dienste der Nationalsozialistischen Polizei. Er verlor die Polizei mit wichtigem Material aus der Hitlerbewegung und soll dafür durchschnittlich 300 Mark monatlich erhalten haben.

Als die Parteifreunde Budareits von dessen Doppeltrolle erfuhr, überhäufte sie die Frau des Verstorbenen mit endlosen Schmähsungen. Frau Budareit hat daraufhin alle von den Nationalsozialisten gespendeten Kränze von dem Grabe ihres Mannes entfernt. Aus Mache planen die Nationalsozialisten jetzt die Beerdigung des S. A. Mannes König, der seinerzeit ebenfalls tödlich verunglückte und mit Budareit in einem Grab beigesetzt wurde, ausstrahlen und anderswo bestatten zu lassen.

Kein Vertrauen mehr zum Hakenkreuz

Es bröckelt ab

Berlin, 8. Sept. Der Berliner Bezirksvorstand der NSDAP, Rietz, hat sein Amt niedergelegt und ist aus der Partei ausgeschieden. Er begründet seinen Schritt damit, daß er zu den Führern der nationalsozialistischen Bewegung kein Vertrauen mehr habe.

Nationalsozialisten kaufen Wahlausweise Die Neue Badische Landeszeitung berichtet aus Essen: Im Essener Arbeitsamt versuchten Mitglieder der nationalsozialisti-

schen Arbeiterpartei während der Amtsstunden den Erwerbslosen die Wahlausweise für wenige Mark abzukaufen, unzuverlässig mit der Absicht, mit diesen am 14. September auf betrügerische Art mehr Stimmen zu erreichen.



Was den Arbeitern nach dem 14. September harri, wenn sie nicht Liste 1 wählen!

Freistaat Baden

Maßnahmen zur Reichstagswahl

Das Ministerium des Innern hat auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung für die Zeit vom 12. September bis einschließlich 15. September 1930 für das Land Baden alle Versammlungen unter freiem Himmel (Märsche und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, An- und Abmärsche zu und von den Versammlungen, die Benutzung von Kratwagen zu sog. Propagandafahrten) verboten. Veranstaltungen gesellschaftlicher oder kirchlicher Art, soweit sie bürgerlich und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen.

Heidelberg muß gegen Hakenkreuzler vorgehen

Der Heidelberger Polizeibehörde teilt mit: Am Sonntag hat die nationalsozialistische Partei ihren erregenen Verbot mehrfach verletzt, in sämtlichen Stadtteilen Märsche zu veranstalten. Die Polizei ist wiederholt gegen die Demonstranten, welche den allgemeinen Verkehr behinderten, eingeschritten und hat dieselben zerstreut. Die Wahlplakate wurden beschlagnahmt. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen gelangten sechs Personen zur vorläufigen Festnahme, welche, nachdem die Fortsetzung des ordnungswidrigen Aufzuges und der Verkehrshindernisse nicht mehr zu befürchten war, wieder freigelassen wurden.

Die Pflichten der Abstimmungs-vorstandsmitglieder

Der Staatsanwalter teilt mit: Der Reichsminister des Innern hat sich über die Pflichten der Mitglieder des Abstimmungsorgans wie folgt geäußert: „Der Abstimmungsorgan ist ein staatliches Organ zur Vorbereitung der Wahl. Seine Mitglieder bekleiden ein öffentliches Ehrenamt. Sie werden durch Handhabe verpflichtet, ungeachtet des Umstandes, daß bei Berufung der Mitglieder die verschiedenen Parteien zu berücksichtigen sind, sind die Mitglieder des Abstimmungsorgans verpflichtet, unparteilich zu verhalten. — Die Mitglieder des Abstimmungsorgans haben, gleichviel welcher politischen Partei sie angehören, bei ihrer Amtsführung die Pflichten zu beachten, die durch ihre Stellung als Mitglieder eines staatlichen Organs bedingt sind. Sie haben besonders parteiliche Kundgebungen zu vermeiden, die wie z. B. das Sichtbare Tragen gewisser Abzeichen, Äußerungen sind, bei Anderdenkenden berechtigten Anstoß zu erregen. Der Abstimmungsorgan ist zur Vermeidung von Unzutrefflichkeiten den Mitgliedern des Abstimmungsorgans, die mit parteipolitischen Absichten erscheinen, nachzusehen, das Abzeichen während der Ausübung ihrer Tätigkeit als Mitglieder des Abstimmungsorgans abzugeben. Wird diesem Gebot nicht entsprochen, so hätte der Abstimmungsorgan die Befugnis im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der Abstimmungsabhandlung durch einen anderen Wähler zu ersetzen.“

Nationalsozialistische Hege gegen Konsumvereine

Das nationalsozialistische Hegebüro, dem Führer, dehnt seine Hege gegen alles, was sozial ist, namentlich auch auf die Konsumvereine aus. Nicht nur, daß der schon längst widerlegte Schwundel von angeblichen Steuerhinterzählungen des Konsumvereins Gültigkeit wieder aufgeweckt wird, wird eine Hege gegen die Konsumvereine unternommen, trotzdem nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Beamtenklasse immer mehr erkennen, welche große Bedeutung die Konsumvereine um die Beförderung der Lebenshaltung haben. Die Hege geht eben mit der Inanspruchnahme der Nationalsozialisten und sie kann daher auch nicht an den Konsumvereinen vorübergehen. Insofern wäre in dieser Hinsicht nicht tragisch zu nehmen, er sollte jedoch auch dazu dienen, verirrte Mitglieder der Nationalsozialisten darüber aufzuklären, wie sehr es dieser Bewegung nur darum zu tun ist, Zutritt in die arbeitende Bevölkerung hineinzubringen und ihnen jeden Weg zum Aufstieg zu verstopfen.

Zentrum und Frauenstimmrecht

Auch jetzt wieder arbeitet das Zentrum in den Kreisen der katholischen Frauen mit Hochdruck, um sie zur Wahl des Zentrums zu veranlassen. Die breite Öffentlichkeit ist von dieser Wahl nicht unterrichtet, denn die Versammlungen finden nur in den katholischen Frauenorganisationen statt. Diese Organisationen sind zahlreicher, als man gemeinhin weiß; um so leichter ist es, an die Frauen heranzukommen. Die kirchlichen Versammlungen werden ebenfalls die Möglichkeit, die Frauen auf diese politischen Zusammenkünfte hinzuweisen. Um so gefährlicher ist diese Agitation unter den Frauen aller Stände. Natürlich ist „die Religion in Gefahr“ und natürlich werden die Frauen durch den Stimmzettel zur Wahrung dieser Gefahr aufgefordert.

Nur in den Städten sucht man der Organisation der Frau zum Wahlkampf auch öffentlich Ausdruck zu geben. So fand in Karlsruhe eine katholische Frauenversammlung statt, in welcher der Vater Madermann das Thema behandelte: „Das Volksozial der Frau in der Kirche und im öffentlichen Leben“. Madermann ist ein bekannter katholischer Gelehrter und Redner und es ist ganz klar, daß seine Agitation nur dem Zentrum dient. Man braucht nur die Wahlstatistik von der vorigen Landtagswahl ein wenig betrachten, um zu sehen, in wie starkem Maße diese Gemischnerte bei der Wabe von Zentrumstimmen zum Ausdruck kommen. Nur in weniger katholischen Orten hat man eine Trennung der Geschlechter bei den Landtagswahlen vorgenommen. Aber diese wenigen Orte sind recht demeritkräftig für die religiöse Einwirkung bei der Wabe von Frauenstimmen.

So wurden in Karlsruhe 14 224 Zentrumstimmen abgegeben, davon allein von Frauen 9149 und nur 5275 von Männern, also 65 Prozent Frauenstimmen und 37 Prozent Männerstimmen. In Sasbach i. N. wurden gewählt 834 Zentrumstimmen, davon hatten die Männer abgegeben, 289, die Frauen aber 545. In Kirchbach, eine Bruchhals, erhielt das Zentrum 1134 Stimmen, davon waren 782 und schreibe 782 Frauenstimmen und nur 352 Männerstimmen. Sprechen diese Zahlen nicht genug? Sie müssen nach unierer Aufzählung zu einer ganz intensiven Werbung unter den sozialdemokratischen Frauen und Mädchen Veranlassung geben. Man beachne, daß unter 100 Wahlberechtigten sich 55 Frauenstimmen befinden. Die Frauen haben also die Mehrheit bei den Wahlen. Das immer wieder herorgesprochen und den Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen zu sagen, ist eine unbedingte Notwendigkeit. Leider befindet sich unter den Frauen, die Zentrum wählen, auch manche Arbeiterfrau. Das Beispiel von Kirchbach ist Beweis genug, denn dort wurden zwar bei der Landtagswahl 124 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben, darunter befinden sich aber nur 22 Frauenstimmen. Dies ist um so mehr aufzufallen, als der Ort außerordentlich viele Arbeiterinnen beherbergt.

Es muß also unsere Aufgabe sein, auf diese Seite der Wahlbewegung noch besonders hinzuweisen. Berechtigt also nicht, bei den Frauen auf die Bedeutung der Wahl aufmerksam zu machen!

Die Badische Gebäudeversicherungskasse veröffentlicht ihr Rechnungsergebnis für das Jahr 1929. Es wird darin mitgeteilt, daß in dem 19 694 735 RM. betragenden Betriebs- und Ausgleichsfonds der Kasse im Jahre 1930 eingehende Umlage mit voraussichtlich 9 069 817 RM., enthalten ist, so daß das am 31. Dezember 1929 verbliebene Vermögen 10 634 918 RM. betrug.

Dietrichs Wahlparole

Verpflichtung der Arbeitslosenversicherung — Zerstückelung des Baumarktes

Reichsfinanzminister Dietrich hat in einer Rede in Mannheim den Schleier gelüftet, der bisher über seinen Finanzplan lag. Die bürgerliche Presse bezeichnet die Dietrichsche Rede als Wahlparole der Regierung. Wir müssen gestehen: was Dietrich in Mannheim vorgetragen hat, übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Seine Pläne verkennen wirtschaftliche Notwendigkeit und missachten die sozialen Lebensbedürfnisse der Massen. Sie sind, um das Kind mit richtigem Namen zu nennen, eine glatte Kapitulation vor dem „Interessententum“.

Wie will die Regierung nach Dietrichs Programmrede dem Kernproblem, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zuleibe rücken? Man hätte erwartet, daß der Reichsfinanzminister in Mannheim etwas über den Preisabbau gesagt hätte. Er zog jedoch vor, darüber zu schweigen. Die Arbeitsbeschaffung betrachtet er als ein Nebenbeispiel. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft soll eine Reform der Arbeitslosenversicherung (durch Vorenthaltung der Arbeitslosenversicherung vom Reichsstat, Beteiligungs- und Zuschußpflicht des Reiches und Einschränkung der Leistungen für verschiedene Berufe) und eine Senkung der Realsteuern mit Hilfe der Hauszinssteuer vorgenommen werden.

Für die Arbeitslosenversicherung soll in Zukunft, wenn es nach den Plänen des Reichsfinanzministers und der Reichsregierung geht, nur noch ein bei Beginn des Etatsjahres festzusetzender Zuschuß zur Verfügung gestellt werden, ohne Rücksicht auf das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die steigenden Verfallleistungen der Arbeitslosenversicherung. Die im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgesetzte Darlehenspflicht der Reichsregierung gegenüber der Arbeitslosenversicherung soll mit dem Beginn der Bauarbeiten und dem weiteren Leistungsabfall abnehmen. Für die Landarbeiter und Bauarbeiter sollen — das geht deutlich aus den Dietrichschen Erklärungen hervor — wesentliche Verbesserungen eintreten. Man will die Unterhaltungsarbeiten der Bauarbeiter, deren Arbeitslosigkeit heute längst keine Saisonerscheinung mehr ist (40 Prozent aller Bauarbeiter mühen in den Sommermonaten feiern), abbauen. Die Notwendigkeit, die Bauarbeiter angesichts der schweren Krise auf dem Baumarkt in die Krisenfronte einzubeziehen, was die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften seit Monaten fordern, wird völlig ignoriert. Dagegen will man an der Schwelle eines harten Winters die trostlose Lage der Bauarbeiter noch weiter verschlechtern.

Finanzminister Dietrich erklärt weiter, daß er dafür kämpfen wird, daß 400 Millionen Mark, d. h. die Hälfte der staatlichen Wohnungsmittel, für die Senkung der Realsteuern Verwendung finden. Eine Hauszinssteuer bildet nun das Rückgrat der Haushaltssteuer. Eine Herabminderung der Hauszinssteuer, wie sie die Regierung mit einem derartigen bruttosteuerelement, nur um die Forderungen der bürgerlichen Wählerklasse zu befriedigen, bedeutet nichts mehr als die Zerstückelung des Baumarktes. Die Zerstückelung des Baumarktes würde sich die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und seinen Lieferindustrien um mindestens 300 000 Bauarbeiter steigern.

So sehen die Pläne der Reichsregierung aus. Durch Abbau der Leistung der Arbeitslosenversicherung, durch völlige Zerstückelung des Baumarktes mit Hilfe der Arbeitslosigkeit bekämpfen und die Wirtschaft beleben!

Genau so verständnislos steht die Reichsregierung der Frage der Gemeindefinanzen gegenüber. Die Gemeinden stehen durch die immer stärker anwachsende Zahl der Wohlfahrtsverbände und die schwere Art der fälligen Steuern vor den größten Schwierigkeiten. Herr Dietrich will diese Probleme durch Revision der Haushaltspläne der Kommunen lösen. Der Finanzminister, der die wirklichen Ursachen der finanziellen Schwierigkeiten der Kom-

munen genau kennt, versteigt sich zu der lächerlichen und rein demagogischen Behauptung, daß die Städte dadurch an den Rand des Bankrotts gekommen sind, daß sie Teile ihrer Beamtenschaft zu hoch bezollet hätten.

Diese Wahlparole der Reichsregierung, das Finanzprogramm Dietrichs enthält von neuem den reinen Interessententum dieser Regierung, ihre Lieblingerei vor den Wünschen der bürgerlichen Gruppen, ihre Mißachtung der dringlichsten Lebensbedürfnisse der Massen und ihre Unfähigkeit gegenüber den Aufgaben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung der Krise.

Vorgeschmack vom dritten Reich

Ein nationalsozialistischer Arzt, der eine Stabsarzt Pension bezieht, verlangt für seine Mutter Fürsorgeunterstützung

Der Bregentalbote schreibt aus Böhrnbach: Ein Verfall der Fürsorgebeanpruchung wird hier lebhaft diskutiert. Die Geheimhaltung, die sonst bei der Behandlung solcher Fälle der Heiligkeit entspricht, hat sich nicht durchführen lassen, weil er zu früh zu dem „Gerangel“ seiner „Mutter“ schmeißt, die hiesige Ortsleiter, die Nationalsozialisten hier, ihrer Tochter. Der Mann bezieht auch eine ansehnliche Pension vom Staate noch ein Berufseinkommen, das dasjenige des in letzter Zeit vielgenannten Minister Fried noch übersteigt. Trotz Vorliegen dieser nicht schlecht zu nennenden Einkommensverhältnisse wird Fürsorgeunterstützung für die alte Mutter beantragt, die aber vom Gemeinderat wie vom Bezirksamt abgelehnt wurde. Der Grund der Ablehnung liegt in dem eingangs geschilderten guten Einkommensverhältnissen der Angehörigen. Die Argumente der genannten Behörden will aber der hiesige Gesundheitsrat nicht gelten lassen, deshalb soll der Reichspräsident in einem persönlichen Schreiben um Hilfe in der Sache angegangen werden sein! Hier debattiert man aber noch einer anderen Seite wegen über diesen Fall. Der Gesundheitsrat, der die Fürsorgeunterstützung für die alte Dame, die Mutter, bezieht, ist der Ortsleiter der Nationalsozialisten am hiesigen Orte. Die Nationalsozialisten schimpfen über Doppelverdienende, Jungeverdienende über hohe Löhne, über Ausbeutungen und sonstiges. Und so a dem „Gerangel“ seiner „Mutter“ schmeißt der hiesige Ortsleiter, der dem geschilderten Fall die Konsequenz aus all dem, was die Nationalsozialisten kritisieren? Im Vergleich zu all dem Getöse der Nationalsozialisten ist die Frage berechtigt: Ist es recht, daß man in einem guten Einkommen, neben der Pension, verleben dazu kommt für die Mutter noch Fürsorgeunterstützung zu beantragen? Woher bringt die Kosten für diese Mittel auf? Antwort: die obneid schon schwer gedrückt Steuerzahler, die doch nach den nationalsozialistischen Sprüchen entlastet werden sollen. Wie die Einkommen aber in der Praxis aussehen wird, zeigt dieser hier geschilderte Vorgang, der einen Vorgeschmack gibt, wie das „dritte Reich“ der Nationalsozialisten aussehen könnte.

Wahlreklamereinfall in Grözingen

Die Wahlplakate hat nun angefangen, es wird politisiert und Wahlplakate werden ausgehängen. In lauten Tönen erklären die Parteien, daß sie allein nur Deutschlands Retter seien. Die Anschlagssäulen, wie sollte dies auch anders sein sind bei den Wahlen viel zu klein, drum haben die Hitler ein anderes Mittel erdacht, sie beschmierien die Straße in dunkler Nacht. Denn dieser Ort, wo sonst nur Pferd und Kuh was fallen lassen Der dürft für ihre Wahlreklame wohl am besten passen. „Wählt Liste 9“ so schreiben sie dorthin schwarz auf weiß und stols prangen nebenan das Hakenkreuz. Zufrieden ist der Nazi, nun kann's an nichts mehr fehlen, ein Seber weiß nun, was er hat zu wählen. Er legt sich nieder, beruhigt sein klopfendes Herz, im tiefen Schlummer vergißt er Kummer und Schmerz, träumt von dem Sieg, der Liebe und dem Wein und letzten Endes auch noch von der Nacht am Rhein. Doch ach, es ist halt so im Leben, daß mal die bestgeachtete Reklame geht daneben, schon graut der Tag, da naht mit großem Schritt ein Bürgermann, bringt Kalt und Pinzel mit, und bei dem ersten Morgenrot malt er zwei Worte nur, die heißen: „Der Idiot.“ — Als dann am Morgen die Heldenjünglinge sind erwacht, Sie verstehen nicht — was soll das sein? Verflucht da steht geschrieben: „Der Idiot wählt Liste 9.“

Nationalsozialist vor Schwurgericht

500 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung des Landtags

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Engelhardt begann das Karlsruher Schwurgericht seine diesjährige siebente Tagungsperiode mit der Verhandlung gegen den 34jährigen Geschäftsführer der nationalsozialistischen Partei, den Kaufmann Eugen Krummich aus Karlsruhe,

der sich wegen öffentlicher Beleidigung des badischen Landtags zu verantworten hatte.

Als Verteidiger steht ihm Rechtsanwalt Kapp zur Seite. Die von Oberstaatsanwalt Dr. Heinsheimer vertretene Anklage wirft ihm vor, in Karlsruhe als Leiter der Propagandaabteilung der Ortsgruppe Karlsruhe der nationalsozialistischen Arbeiterpartei am 13. Jan. ein von dem Landtagsabgeordneten Venz entworfenes Flugblatt verbreitet zu haben, in welchem zu einer Protestversammlung gegen die Immunitätsaufhebung des Landtagsabgeordneten Wagner durch den Landtag aufgerufen wird; dieses Flugblatt enthält den von dem Angeklagten gemachten Inhalt: Wir protestieren daß man die Immunität unseres Landtagsabgeordneten Wagner aufhebt, um vor diesen Ausländern deutsche Katastrophenhaftigkeit zu setzen. Heraus zur Protestkundgebung gegen Erschießung, Vaterlandshat und pazifistische Feigheit!

Der Angeklagte ist, wie er angibt, 1926 bei der Partei eingetreten und arbeitete bis 1927 in ihr ehrenamtlich. Seit Oktober 1927 ist er mit einem Gehalt von 150 A. angesetzt. Der Geschäftsordnungsaußschuß des badischen Landtags hatte am 10. Januar, um die bekannten Vorfälle im „Darmstädter Hof“, wo es in der Nacht vom 18. auf 19. Dezember vorigen Jahres zu einem Zusammenstoß von Nationalsozialisten unter Führung Wagners mit Vertretern einer internationalen Eisenbahnerkommission kam, gerichtlich klären lassen zu können, die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Wagner beschlossen. Hiergegen sollte in einer Kundgebung in der Festhalle, die von den Nationalsozialisten einberufen wurde, protestiert werden. Von dem Abgeordneten Venz war im Auftrage des Gauleiters Wagner das Flugblatt entworfen und der Entwurf auf das Blatt des Angeklagten gelangt worden. Da die letzten Sätze des Entwurfs unleserlich waren, fügte der Angeklagte aus eigenem Ermessen den inkriminierten Zusatz, der die dem Landtag beleidigenden oben wiedergegebenen Ausdrücke enthält, hinzu. Das Flugblatt wurde in einer Auflage von 20 000 Stück gedruckt und in Karlsruhe verteilt. Ein Teil der Auflage des Geschäftsordnungsaußschusses gewandt zu haben.

Als Zeuge wurde u. a. der Landtagsabgeordnete Venz gehört. Er gibt an, von Wagner den Auftrag erhalten zu haben, das Flugblatt zu entwerfen. Der Inhalt des Flugblattes richte sich nicht gegen den Landtag, sondern gegen Angriffe der Presse, welche

die „Darmstädter Hof“-Affäre ausgeschlachtet habe. Der Schluß unleserlich gewesen, so daß ihn der Angeklagte ergänzte. Zu die Ergänzung sei Krummich allerdings nicht berechtigt gewesen. In inkriminierten Ausdrücke hätten in dem Entwurf schon gestanden und seien nicht von Krummich hinzugefügt worden. Der Zeuge wurde unbeeidigt gelassen. Als weitere Zeugen wurden zwei dreizehnböhriger Stimmer, als Drucker des Flugblattes, und Politsekretär Buchheit vernommen.

Oberstaatsanwalt Heinsheimer ging in seinem Plädoyer auf 1. bekannten Vorfälle im „Darmstädter Hof“ ein und betonte, daß man im Interesse der Aufklärung des Falles nicht um die Immunitätsaufhebung herumkommen konnte. Das Flugblatt enthalte

schwere Beleidigungen des badischen Landtags, der höchsten Körperschaft des badischen Landes. Der Ankläger vertrete beantragte in erster Linie eine Freiheitsstrafe. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Kapp, verfu nachzuweisen, daß der Vorwurf der Katastrophenhaftigkeit berechtigt wesen sei; er verweist u. a. darauf, daß der Volksfreund im Zusammenhang mit der „Darmstädter Hof“-Affäre eine Anfrage des Staatspräsidenten gerichtet habe, ob er sich wegen der Vorfälle entschuldigt habe. Venz habe sich nicht gegen den Landtag, sondern gegen die Journalisten gewandt, welche die Sache des Ausland wahrgenommen haben. Der Landtag lese eine immoralische Entschuldigung an den Tag. Daß der Landtag die höchste badische Körperschaft sei, sei die amtliche Auffassung, im Lande brauche man über das Landesparlament anders. Der Verteidiger hält es durch die Beweisaufnahme nicht für nachgewiesen, daß nach der Ansicht des Verfassers die betreffenden Ausdrücke auf den Landtag bezogen haben. Die Schuld des Angeklagten sei demnach eine geringe Geldstrafe.

In einer Replik weist Oberstaatsanwalt Dr. Heinsheimer Darstellung des Verteidigers, als sei seitens der Strafverfolgungsbehörde an die an der „Darmstädter Hof“-Affäre beteiligten Mitglieder herangetreten und um Strafanträge ersucht worden, unrichtig zurück.

Nach einstündiger Beratung fällt das Schwurgericht folgenden Urteil: Der Angeklagte, Geschäftsführer Krummich, wird wegen öffentlicher Beleidigung des badischen Landtags durch Druckschrift zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Dem Landtag wird Befugnis zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten durch einmaliges Einrücken in der Karlsruher Zeitung und Führer öffentlich bekannt zu machen. Die beschlagnahmten Exemplare des Flugblattes werden eingezogen.

Großappell der Sozialdemokratie

Minister Dr. Kemme über die Reichstagswahlen - Eine imposante und eindrucksvolle Wahlversammlung

Auf der Sozialdemokratie zur letzten großen öffentlichen Versammlung war wiederum in überaus großem Maße geleistet worden. Der große Saal der Festhalle war von einem politisch interessierten, politisch erfahrenen und zahlreichem Publikum besetzt. Die Nationalsozialisten hatten letzten Samstag wieder einmal zu einer ihrer Kadaverorgien eingeladen. Weil in einigen vorhergehenden Versammlungen der Lauf der Neugierigen oder Sensationslustigen ein anderes Varieté ist ja zur Zeit in Karlsruhe nicht in Betracht zu kommen, bekamen es die Dämonen schon mit dem Versuch zu tun; Sie schickten sich nach den letzten Festhallenbesuchen den Saal des Rowald, um dem „Massenandrang“ gerecht zu werden. Aber die Massen haben an diesem Abend die Nase von Hitlerkram voll: Es brauchte nicht der kleine Festhallenbesuch der Rowaldsaal in Anspruch genommen zu werden, der Festhallenbesuch genügt bei weitem.

Die Sozialdemokratie hielt in diesem Wahlkampf neben den gewöhnlichen Versammlungen zwei große Versammlungen ab. Ihre Besucher wissen, daß ihnen kein Theater, kein Schauspiel, großer Unfug geboten wird, sondern daß ihnen von ernstlichen Verantwortlichen Männern Wahrheit und Klarheit über die politischen und wirtschaftlichen Begebenheiten gegeben wird. So war es auch gestern Abend wieder. Ein volles, ein ruhiges, ungestörter Verlauf, eine nüchterne und sachliche Aufklärungsrede, ohne Phrasen, ohne Geschwätz, ohne Hohn und Spott. Solch ein ruhiger und sachlicher Verlauf einer Versammlung ist das beste Agitationsmittel für unsere

besonderen Genugtuung darf festgestellt werden, daß neben der Arbeiterpresse auch die Angestellten und Beamten sowie Angehörige des Mittelstandes, Kaufleute, freie Berufe, dann aber ein großer Prozentsatz Jungwähler als Besucher zu verzeichnen sind, auch zahlreiche Frauen!

Redner war unser Unterrichtsminister Dr. Kemme für den früheren Reichspräsidenten, der in diesem Wahlkampf in den letzten Jahren auch einmal den Genossen Genesini hier hätte hören können, so sehr ist aber auch andererseits zu begrüßen, daß Dr. Kemme nun Gelegenheit hatte, auch in Karlsruhe, von den meisten und gemeinsten Verleumdungen und Beleidigungen frei ausgehen, vor der Wählerchaft zu sprechen. Der starke Beifall, mit dem der Minister begrüßt wurde, setzte sich, was der anfängliche Teil der Rede anging, von den eigenen Anwürfen der bürgerlichen Parteien und Christen ab.

Redner gab in seiner anderthalbstündigen Rede ein historisches Bild der politischen Geschichte in Deutschland in den letzten Jahren. Entschieden vermehrte er die Sozialdemokratie für all das verantwortlich gemacht zu werden, was in den letzten Jahren in der bürgerlichen Regierung der letzten Jahre getan wurde. Gen. Dr. Kemme ließ nur die Tatsachen sprechen! Den Absichten und Zielen der bürgerlichen Regierungen stellte er das klare und entscheidende Ziel dar, das die Interessen der Allgemeinheit, des gesamten Volkes vertritt. Die Sozialdemokratische Partei anerkennt die weitesten Teil seiner Ausführungen zeichnete Redner ein anschauliches Bild der kapitalistischen Entwicklung; er sprach von den Dörfern auseinander, was Marxismus ist; er zeigte, was Karl Marx, Lassalle, Engels die kapitalistische Entwicklung voraus gesehen haben, wie der Gegensatz zwischen Privatwirtschaft und gemeinwirtschaftlichem System der Entscheidung zwischen Kapital und Arbeit. Die letzteren, mehr wissenschaftlichen und sachlichen Darlegungen des Redners fanden besonders bei der Wählerchaft aufmerksame Hörer. Es war dies ein anderes Bild über das Wesen und das Ziel und das Wesen des Marxismus, als wie es von den wissenschaftlichen und politischen Janosch und Dummköpfen in den nationalsozialistischen Versammlungen gegeben wird.

Die Versammlung verlief ohne jede Störung, obgleich Gen. Dr. Kemme ein Wort ein Wort beifällig, wie anfänglich und gegen Ende einen Wahlkampf führen; sie brachte Aufklärung und Begeisterung. Der Erfolg wird am nächsten Sonntag nicht ausbleiben.

Nach 8 Uhr eröffnete und begrüßte Gen. Koch die Versammlung und stellte den Grund mit, warum der vorgesehene Referent nicht persönlich nicht sprechen kann. Hierauf erkrankte der Gen. Dr. Kemme, prächtig vorgetragen unter der Leitung des Direktors, die Versammlung, wofür ihm stürmischer Beifall zu ertheilt der Referent

Genosse Minister Dr. Kemme

Wort. Mit tosendem Beifall begrüßt, betrat er das Podium. Er sprach zunächst auf die harte Arbeit hin, den Krieg zu liquidieren und eine kurze chronologische Darstellung über die Entwicklung seit dem 1. Weltkrieg. Der Scherbenhaufen war groß, den das deutsche Volk zu beseitigen hatte. Die Katastrophenspolitik der rechtsstehenden Parteien schuf 1922 eine Atmosphäre, die uns die Inflation gebracht hat. Mit der Inflation ist auch der Ausverkauf Deutschlands und das Verfall des Reiches gekommen. Ende 1923 sahen, daß es den Krieg zum zweiten Mal verloren hat. Die Währung war völlig zerfallen. In dieser Situation trat wiederum die Sozialdemokratie ein zur Rettung des Vaterlandes.

Der Sozialdemokratie wird diese Arbeit nicht verkannt. Es kam das Dawesabkommen. Eine rein bürgerliche Regierung folgte, die aber bald wieder zerfiel, eine Regierung folgte der anderen.

Das Finanzmessen zerrüttete

und man darf sagen, daß diese Finanzmessen die Grundlage zur heutigen Finanzkrise war. Wenn das Zentrum behauptet, daß die Sozialdemokratie schuld ist an den Finanzschwierigkeiten, so stimmt diese Behauptung mit den Tatsachen nicht überein. Unter Reichsminister die Steuern ermäßigt werden. Herr Köhler blieb nicht mehr übrig, um die Steuern zu reduzieren. Er fand in der Regierung Marx keine Möglichkeit, die durch die Besoldungssteigerung bedingten höheren Ausgaben zu decken. Der Betriebsfonds mußte dazu verwendet werden und Ende 1923 war es beinahe so weit, daß bald nicht einmal die Beamtengehälter hätten ausbezahlt werden können. Es entstand ein Defizit von 825 Millionen Mark.

Die Verpflichtungen der Deutschen auf 100prozentige Aufwertung der Warfakturausgaben wurden von ihnen selbst und der Regierung nicht erfüllt. Dafür erfolgte das 700 Millionen an der die Ruhrindustrialien durch die Regierung Luther und Steuerermäßigung

Die beste Waffe im Wahlkampf

ist die Arbeiterpresse. Jeder Arbeiter muß während der Wahlbewegung die sozialdemokratische Presse lesen. Das ist Voraussetzung für unsern Sieg. Nur wenn jeder tatkräftig mithilft, wird der Sieg unser

Wahlversammlungen für die Industrie. Dies war das Ergebnis der Jahre 1924/25. Seitens der bürgerlichen Parteien wurde behauptet, daß mit der Sozialdemokratie keine Finanzreform gemacht werden könne. Die Verpflichtungen der Bürgerlichen, der großen Masse Entschuldigungen zu bringen, brachte die

Wahlniederlage der Rechten im Mai 1928

und damit auch das Schicksal der bürgerlichen Regierung. Das Zentrum, Hitler kam an seine Stelle. Müller ging nach Genf zum Weltkongress, fragte über die Not Deutschlands und verlangte die Befreiung der Rheinlande von der Besatzung, der Youngplan folgte mit seinen Erparungen von 650 Millionen für das deutsche Volk.

Anfang 1928 650 Millionen für die Befreiung der Finanzlage zu verwenden, verlangten die Handels- und Industriekreise die Verwendung für Herabsetzung der Besteuerung.

Es kam der Kampf gegen die öffentlichen Betriebe und die Sperrung der Auslandsanleihen für die Gemeinden. Zur selben Zeit verließen die Unternehmer, ihre Pläne auf

Verflechtung der Lage der arbeitenden Bevölkerung

Die Regierung Müller unterstützte die 240 000 ausgeperrten Metallarbeiter in ihrem Kampf gegen die Verflechtung, während der heutige Arbeitsminister durch die Sanktionierung des Schiedsvertrags von Donauwerken einer Verflechtung der Lage der Arbeiter zustimmte.

Nebenher wurden soziale Einrichtungen verflüchtigt. Die Deutsche Volkspartei hatte kein Verständnis für die sozialen Notwendigkeiten. Redner sagte jedoch dar, wie schwierig es war, den Reichshaushalt zu balancieren und das Zentrum und Deutsche Volkspartei der Sozialdemokratie nicht das Verständnis gab, einen Neuaufbau bei der Arbeitslosenversicherung zu beschließen. Man verweigerte die Bewilligung von Mitteln zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Müller demissionierte, Brüning trat an seine Stelle. Man wollte auch die bayerischen Bauern bei der Stange halten und Ernährungsminister Schiele fuhr nach dem Allgäu und kaufte für 40 000 A. Käse. Nun soll dieser Käse ins Laufen gekommen sein und man weiß nicht recht, wie er an den Bahnhof gerollt ist. (Stürmische Beifall.)

Gen. Kemme befahte sich jedoch mit der

Sollfrage

und sagte in interessanter Weise dar, wie man in Dänemark und Skandinavien der Landwirtschaft hilft. Der deutschen Landwirtschaft wollte man durch sog. Gleitschleife helfen, aber die neue Regierung hat diese Pläne zurückgeschlagen, weil die Großgrundbesitzer an konstanten Preisen nicht das Interesse haben, wie die mittleren und kleinen Bauern. All die guten Ansätze zu einer vernünftigen Volkswirtschaft wurden vernichtet, um den Interessentenhauten in der Regierung beizubehalten zu können.

Aber auch diese Maßnahmen genügen nicht, um eine gesunde Finanzpolitik zu erreichen. Redner kam auf die Moldenbauerische Finanzpläne zu sprechen und bemerkte, daß wenn die sozialdemokratischen Anträge, die sich mit den Moldenbauerischen Plänen zum Teil decken, angenommen worden wären, so wäre das Defizit beseitigt gewesen. Moldenbauer kam jedoch mit verflüchteten Anträgen, ihm folgte Dietrich mit seinen Plänen, die eine Belastung der großen Masse und eine Schöpfung der bestehenden Rechte

mit sich brachten. Die Sozialdemokratie hat immer wieder eine eidesstattliche Erklärung bei der Vermögenssteueranlage verlangt. Wäre diesem Wunsch Rechnung getragen worden, so wäre ein großer Teil der im Auslande sich befindlichen deutschen Gelder wieder hereingekommen. (Stürmischer Beifall.) Die Sozialdemokratie war stets für einen Ausgleich des Etats, aber nur unter zwei Voraussetzungen, nämlich Vollenz der Bürgersteuer und Anpassung der übrigen Steuern an die sozialen Erfordernisse der Zeit. Diese Forderungen fanden keine Gnade bei den Bürgerlichen, Herr Brüning griff zum Art. 48. Jetzt, nachdem wir im Wahlkampf stehen und auf all diese Dinge hinweisen, stellt man an uns die Frage, wie wir uns den Fortgang nach dem 14. September denken. Die

Antwort sollen sich diejenigen selbst geben, die den Scherbenhaufen angerichtet haben.

Wenn Herr Scholz von der Deutschen Volkspartei die Nationalsozialisten in die Kalkulation zu seiner Regierungsbildung einstellt, so nimmt sich dies recht sonderbar heraus, wenn derselbe Mann in Ludwigsloren seine Befürchtung über die Radikalisierung der Nationalsozialisten zum Ausdruck brachte. Der Reichstag Scholz fand bei den Nationalsozialisten keine Gegenliebe, sondern Hitler kündete als Ergebnis des 14. September die Entstehung des 3. Reiches an. Als Redner auf die

Verhöhnungen der Arbeiterchaft durch Hitler

zu sprechen kam, wurden die Hitlerischen Beleidigungen mit Blut von der Versammlung beantwortet. Wenn Hitler glaubt, daß der deutsche Arbeiter keine Ideale besitzt, so beweist dies, daß dieser Mann ein Ausländer ist, ein Fremdling, der den deutschen Arbeiter überhaupt nicht kennt.

Neben Hitler wollen auch Volksparteiler und Volkspartei den Behrdenbanken pflegen, die letzteren sogar wie die Hitler den Reparatgedanken pflegen. Die Befähigung der Programme und Verhöhnungen der Hitler und Volkspartei, die leider ein gläubiges Publikum finden, erregte eine Massenbegeisterung bei der Versammlung.

Der Sozialismus als Rettungsanker

Gen. Kemme stellte sodann die Frage, was ist die Ursache der Zerrissenheit des deutschen Volkes und des furchtbaren Kampfes, der sich zur Zeit abspielt. Die Landwirte sind durch die Agrarkrisis mißtrauisch geworden, sie sowohl wie der Mittelstand kennen die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht, sie schrieben deshalb der Sozialdemokratie die Schuld in die Schuhe. Auch der Student glaubt den Marxismus für eine trübe Zukunftsvision verantwortlich machen zu müssen. Nur dann wird es besser werden, wenn der Mehrheitswille entsteht, das

privatwirtschaftliche System, wenn es seine höchste Phase der Entwicklung erreicht hat, durch gemeinwirtschaftliches System zu ersetzen.

(Allseitiges Beifall.) Dieser Wahlaussatz ist für die Massen des deutschen Volkes eine der schwersten Chancen wenn das Glend der Massen beseitigt werden soll. Es ist der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeiterchaft und Bürgertum, der nicht die letzten Formen annehmen bräuhete, wenn beim Bürgerium etwas mehr Verständnis für die wirtschaftliche Entwicklung vorhanden wäre. Dieser Kampf begann schon zu Beginn der kapitalistischen Produktion mit ihrer brutalen Ausbeutung der Massen. Karl Marx, ein Jude, aber ein Wissenschaftler, sagte die Entwicklung des Kapitalismus zu Trübs und Konzernern voraus. Die Kriegswirtschaft beschleunigte diesen Prozeß. Dazu kann die Nationalisierung mit ihrer Brotlosmachung von Millionen von Arbeitskräften, Notstandsarbeit allein kann nicht die Not beheben, sondern die

Anerkennung und Verwirklichung der sozialistischen Forderung, daß da, wo die Kapitalmacht für den Staat gefährlich wird, sie in die Gemeinwirtschaft überführt wird.

Der Erfolg der großen Sandfate und Trübs muß für den Staat, für seine Einwohner heilsam sein. (Stürmischer Beifall.) Es helfen nicht die Sprüche der Nationalsozialisten zur Beschlagnahme des sog. Kapitalkapitals, denn mit solchen Sprüchen werden nur die Köpfe vernebelt. Der

Weg führt zum Sozialismus,

aber nicht zu dem von den Nationalsozialisten geerbten verkrüppelten Sozialismus.

Links von uns stehen uns die Kommunisten des Arbeitererrats, trotzdem wir heute noch das fordern was wir auch früher verlangt haben. Die nötigen Vorbedingungen zur Verwirklichung müssen aber, wie unsere Altkämpfer lehren, vorhanden sein und dem Bedürfnis der Allgemeinheit entsprechen. Wer glaubt, daß die sozialen Notwendigkeiten eingedämmt werden können, wie dies durch die Notverordnung geschieht, der geht einen schlieftrigen Weg, der zum Chaos führt. Bei dieser Wahl geht es nicht nur um die Abgabe eines Stimmzettels, sondern um viel Wichtigeres. Die Mission der Sozialdemokratie ist ungeheuer groß, wir dürfen keine va banque-Politik treiben, wir wollen praktische Politik treiben. Wir müssen es aber ablehnen, nur ein Paktier zu sein und die Forderungen der anderen Parteien zu bewilligen.

Die einrichtige Wählerchaft wird das Verhalten der Sozialdemokratie verstehen und schätzen.

Wer die Diktatur an Stelle des Volksrechts und des Parlamentarismus setzt, der begeht schlimmsten Volksverrat.

Der Reichstag, der einen Verfassungsbruch duldet, ist nicht wert zu leben. Unser Streben gilt der Freiheit, der Würde und dem Recht. (Stürmischer Beifall.) In neuem Sturm rufen die Signale, marschieren, der Mensch ist unterwegs, erobert das Vaterland! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Nachdem der minutenlang anhaltende Beifall sich gelegt hatte, forderte Gen. Koch zur Diskussion auf, von der aber niemand Gebrauch machte. Ein kurzer, aber kräftiger Schlussappell des Vorsitzenden, Gen. Koch, und die machtvolle von besser Stimmung befehlte und imposante Kundgebung für Sozialismus und Demokratie hatte um 10 Uhr ihr Ende erreicht.

Wählt **LISTE 1** SOZIALDEMOKRATEN

Kraichgau

Bruchsal

Die Kirchenbühnen unserer Stadt gehen in letzter Zeit immer mehr ins Stocken. Insbesondere die Stadtkirchenbühne, die man ja am weitesten hat, haben mit ihren 2 bis 3 Minuten Verspätung der Arbeiter, aber auch allen Reisenden, die zur Bahn müssen. Was manchmal 2 Minuten Verspätung alles zur Folge haben kann, erübrigt sich darzulegen. Also liebe Stadterwaltung, Sorge für Abhilfe in dieser Beziehung; aber mögen die Uhren 2 Minuten vor- als nachgehen!

Monatsbericht über die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Bruchsal

Die Zahl der Arbeitsuchenden hat im Arbeitsamtsbezirk Bruchsal im Monat August gegenüber dem Vormonat um 50 abgenommen und betrug am 30. August 1930 4293. Die Zahl der offenen Stellen im August von 283 auf 328 gestiegen. Die Vermittlungstätigkeit umfaßte insgesamt 289 Arbeitsstellen. Es wurden ferner 80 Arbeitsstellen überlassen; außerdem konnten zum Schluß des Monats als Saisonarbeiter 43 Mann vermittelt werden. Im Vergleich zum Vorjahre bedeutet diese Vermittlungstätigkeit eine Zunahme von 36 Vermittlungen. — Die Zahl der arbeitslosen Unterhaltungsbeschäftigten ist von 3102 auf 3096 gefallen und die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 496 auf 542 gestiegen. Am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres wurden 1293 Arbeitslosenunterstützungsempfänger und 189 Arbeitslosenunterstützungsempfänger gezählt.

Bretten

Parteiversammlung. Die Samstagabend stattgefundene Parteiversammlung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Es wurde die Einleitung der Wahlarbeit, die sehr zweckmäßig geschah und einen guten Erfolg für die Partei verpricht, vorgenommen. Die geplante Einführung der Biersteuer wurde einmütig abgelehnt. Den zur Aussteuerung gelangenden Arbeitslosen muß unbedingt für Arbeit gesorgt werden; eine andere Regelung der Arbeitslosenfrage muß abgelehnt werden. Die Sozialdemokratische Partei schlägt zur Ausbehebung des Gemeindefinanzhaushalts vor: Abbau der Dörfer- und der Landwirtschaftlichen Winterschule, die der Stadt nur unnötige Kosten verursachen.

Nationalsozialistischer Heberfall
Nach Beendigung der Versammlung des Arbeitervereins „Normar“ Bretten überließ der Arbeiter Jakob Weber, zur Zeit arbeitslos, den Arbeiterführer Arthur Mundina. Die Ursache der feigen Tat war, sich an einem Arbeiter, der in Arbeitervereinen tätig ist, zu rächen, für die dieser Tage erfolgte Ausschließung aus der Freien Turnerschaft Bretten. Am gleichen Abend erfolgte die Ausschließung aus dem Arbeiterverein. Die Arbeiterpartei erklärt hiermit die Trennung zwischen Arbeiterpartei und diesen Ausschließungen. Die Arbeiterpartei, die nicht Willens ist, sich von solchen Arbeiterverrätern, die sich für ein Glas Bier kaufen lassen, terrorisieren zu lassen, bereite dem Nach- und Arbeiter die verdienten Arbeitsplätze. Die Arbeiterpartei greift zur Selbsthilfe, denn sie ist nicht gewillt, von dieser Sorte Arbeiter ihre Führer beschimpfen zu lassen.

Ein Anglistische
Mar schreibt uns: Der Bretten Führer der sogenannten Nationalsozialistischen „Arbeiter“ Partei, Christian Müller, der bei mehreren Seiten sich empfehlend bei evangelischen und katholischen Kirchenvorständen in Erinnerung zu bringen versucht, hat es mit einer großen Angst zu tun, denn er geht inständig um den Heberfall ins Geschäft. Müller ist auch als Vertreter der Christlich-Nationalen Arbeitnehmer schon 3 Jahre im Kreistagessprengel, ohne auch nur einmal ein Wort zu den vorliegenden Tagesordnungspunkten zu sprechen. Seine ganze Tätigkeit bestand im Düneneinstreuen.

Die Freunde der Hakenkreuzer
Der Wahlkampf hat mit seiner ganzen Schärfe begonnen. Die Nationalsozialisten, an der Spitze deren Führer, der Württemberg Christian Müller, verließen die Einwohnerstadt mit allerhand unheimlichen Märschen zu gewinnen. Bei der Arbeiterpartei werden sie wohl kein Glück haben, dafür sind die bis jetzt betragenen Mittel aber, einschließlich Vorstand, viel zu beschränkt. Auch eine Anzahl Parteimitglieder zeigen offen ihre Sympathie für die Arbeiterpartei. So angebener Zeit werden wir die Arbeiterpartei auf diese Weise gewinnen, damit sie für entsprechend bedürftigen kann. Von den Beamten ist als einziger Förderer der allerdings sich etwas im Hintergrund haltende Volksfreund Konnenmacher genannt; auch der Vorstand der Deutschen Turnerschaft, Adolf Doll, liebäugelt stark mit dem Hakenkreuz.

Eine Zumutung an die Gewerkschaften
Das Süddeutsche Volksblatt Bretten brachte dieser Tage ein Eingeländtes, aus dem die Mut spricht, die diese Herrn haben, weil die freien Gewerkschaften die Sozialdemokratische Partei in diesem Wahlkampf so tatkräftig unterstützen. Der biedere Eingeländter meint, die freien Gewerkschaften, die doch 800 Millionen Mark Vermögen hätten, und denen doch die Arbeiter der Firma Groß anzuheben, wären in erster Linie verpflichtet, der Firma mit 40 000 M. unter die Arme zu greifen! Sollen die Gewerkschaften nicht auch noch das Süddeutsche Volksblatt finanzieren?
Der Eingeländter hat auch einmütig die Arbeitgeberverbände verlassen! Oder haben die kein Vermögen? Was geschieht denn mit der Kaufsteuer pro Arbeiter und Woche von je einer Mark, die die Arbeitgeber an ihre Verbände bezahlen? Haben die Gewerkschaften die Schließung des Betriebes Groß verschuldet? Oder haben nicht die Arbeiter selbst die Firma darauf hingewiesen, daß unter den bestehenden Betriebszuständen der Betrieb sich überhaupt nicht rentieren kann? Das ganze Eingeländte riecht stark nach Reichstagswahlkampf und läßt den Verfasser unheimlich erraten. Vielleicht stellt er nun die 40 000 M. selbst zur Verfügung.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Voraussetzliche Witterung für Mittwoch, den 10. September: Auflockernd, etwas wärmer, keine nennenswerten Niederschläge, leichte süßliche Winde.

Wasserstand des Rheins
Böbel 88, gest. 2; Waldsbut 294, gest. 14; Schutterinsel 160, gest. 2; Rehl 283, gest. 3; Maxau 456, gest. 7; Mannheim 355, gest. 5 Zentimeter.

Vereinsanzeiger

Kraichgau
Kraichgau. Am Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm“ Parteiveranstaltung. Kurze Mitteilungen zur Kenntnis, daß der Bezirk Kraichgau mit der Gernsbach beginnt. 5853

Veranstaltungen

Dienstag, 9. September:
Kraichgau: 8 Uhr im „Lamm“ Parteiveranstaltung.
Kraichgau: 8 Uhr im „Lamm“ Parteiveranstaltung.
Kraichgau: 8 Uhr im „Lamm“ Parteiveranstaltung.

Wähler-Versammlungen

mit dem Thema:
Geldsackdiktatur oder gerechte Lastenverteilung?

- Dienstag, 9. September:**
Vorsheim: Mittags 5 1/2 Uhr im Saalbau. Referent: Dr. Kemmle.
Erlangen: Abends 8 1/2 Uhr im „Linden“. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Dr. Marum und Landtagsabg. Gen. Trinks. Die Arbeiterjugend wird eine pol. Revue vorführen.
Bruchsal: Abends 8 Uhr im „Bürgerhof“. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Dr. Marum-Rarlsruhe. Die Arbeiterjugend Durlach wird eine pol. Revue vorführen.
- Mittwoch, 10. September:**
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Friedrichshof“ Frauen- und Arbeitervereine. Referent: Landtagsabg. Genoffin Fischer-Rarlsruhe und Genoffin A. Wagner-Rarlsruhe. Die Arbeiterjugend Durlach wird eine politische Revue vorführen.
Baden-Baden: Abends 8 Uhr im „Aurelia-Sängerhaus“. Referent: Gen. Marum-Rarlsruhe.
- Donnerstag, 11. September:**
Ruppelshausen: Vormittags 10 Uhr beim Rathaus Erwerbslosenversammlung. Referent: Gen. Erb-Rarlsruhe.
Erlangen: Abends 8 Uhr im „Linden“. Referent: Gen. Landtagsabg. Rüdiger-Rarlsruhe. Die Arbeiterjugend Durlach wird eine politische Revue vorführen.
Kraichgau: Abends 9 Uhr in der „Linde“. Referent: Genoffe Trinks-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr im Rathaus. Referent: Genoffe Josef Bischof-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Friedrichshof“. Referent: Genoffe Rarlsruhe. Stadtdirektor Gen. Rimmelmann-Rarlsruhe.
- Freitag, 12. September:**
Waggenau: Abends 8 Uhr in der „Gambriusstraße“. Referent: Gen. Bürgermeister Albert-Durlach.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Landtagsabg. Gen. Graf-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Großen Rasthof-Saal“. Referent: Bürgermeister Gen. Wilmanns-Offenburg.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Stadtrat Gen. Löper-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im Hotel „Krone“. Referent: Pfarrer Gen. Bollmann-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Landtagsabg. Gen. Kurz-Gröningen.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Landtagsabg. Gen. Rimmelmann-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr im „Grünen Baum“. Referent: Genoffe Schmidt-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr in der „Blume“. Referent: Landtagsabg. Genoffin Fischer-Rarlsruhe.
Kraichgau: Mittags 5 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Gen. Markloff-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Hauptlehrer Gen. Füll-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Lamm“. Referent: Genoffe Rimmelmann-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr in der „Linde“. Referent: Gen. Landtagsabg. Rüdiger-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Gen. Alfred Weiler-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr in der „Traube“. Referent: Genoffe Mar Tomberg-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Genoffe Rarlsruhe.
- Samstag, 13. September:**
Vorsheim: Mittags 5 1/2 Uhr im Saalbau. Referent: Genoffe Pfarrer Gert-Rarlsruhe.
Durlach: Abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Bürgermeister Gen. Wilmanns-Offenburg.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr im Rathaus. Referent: Genoffe Beck-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Genoffe Philipp-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Gen. Gortz-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Genoffe Landtagsabg. Arnold-Mannheim.
Kraichgau: Abends 8 Uhr. Referent: Genoffe Lehmann-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Gen. Stadtrat Pfarrer-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr im „Kraut“. Referent: Genoffe Stadtrat Philipp-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr im „Linden“. Referent: Genoffe Wilhelm Rüdiger-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Genoffe Landtagsabg. Graf-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Sternen“. Referent: Gen. Böhringer-Rarlsruhe.
Kraichgau-Weilerheim: Abends 8 Uhr im „Edwin“. Referent: Gen. Mar Tomberg-Forsberg.
Kraichgau-Grünwinkel: Abends 8 Uhr in der „Mittelsiedlung“. Referent: Gen. Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Gen. Hauptlehrer Gortz-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Abelischen Hof“. Referent: Gen. Hermann Gortz-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Gen. Stadtrat Weiler-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Linden“. Referent: Gen. Stadtrat Döbele-Forsberg.
Kraichgau-Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Gen. Rimmelmann-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Lehrer Genoffe Gortz-Forsberg.

Als Wahlpropaganda Plak-Konzerte

mit dem
Laufsprecher
und
Vorführung des Wahltrickfilms

- wie folgt hat:
- Dienstag, 9. September:**
Süßstadt auf dem Werderplatz etwa um 7 Uhr.
Mittel- und Süßstadt auf dem Ludwigsplatz etwa um 8 Uhr.
Mittelstadt auf dem Wendelsplatz etwa um 9 Uhr.
- Mittwoch, 10. September:**
Hordwaldsiedlung auf dem Platz in der Telegrafentaste etwa um 7 Uhr.
Weststadt auf dem Gutenbergplatz etwa um 8 Uhr.
Mühlburg auf dem Peter- und Paulsplatz etwa um 9 Uhr.
- Donnerstag, 11. September:**
Weierheim beim „Weierheimer Hof“ etwa um 7 Uhr.
Dorfstadt auf dem Tullaplatz etwa um 8 Uhr.
Kraichgau beim „Schwanen“ etwa um 9 Uhr.
- Freitag, 12. September:**
Alles Nähere wird noch bekannt gegeben.
- Samstag, 13. September:**
Grünwinkel beim Turnerkreis etwa um 7 Uhr.
Daglanden auf dem Kirchplatz etwa um 8 Uhr.
Kraichgau beim „Lamm“ etwa um 9 Uhr.
- Die Filmvorführungen können nur bei günstiger Witterung stattfinden. — Die vorstehende Zusammenstellung mußte in der angegebenen Weise erfolgen, da Rücksicht auf stattfindende Wahlveranstaltungen unserer Partei zu nehmen war.
Genosseninnen und Genossen! Findet euch selbst ab und an den angegebenen Plätzen ein und werbt für Massenbesuch. Schützt die Wahlpropagandawagen!

Kleine bad. Chronik

Unwetter im Murgtal
D3, Gernsbach, 8. Sept. Das starke Gewitter, das am Samstagabend im Murgtal herrschte, hat sich besonders stark in der Gegend von Gernsbach ausgebreitet, wo etwa 15 Minuten lang Hagelschauer niedergingen, die an den Reibbergen schweren Schaden anrichteten, ebenso an den Ribbenfeldern. Der dem Hagelschlag folgende Sturm trieb die jährliche Obstbaum um, deckte eine Reihe von Dächern in der Stadt ab, richtete auch unter den prächtigen Trauerweiden im Stadtpark starke Verwüstungen an und hauchte besonders schlimm auch in dem benachbarten Orte Scheuern. Das Unwetter scheint sich aber nur in der tiefen Gegend besonders stark ausgebreitet zu haben, während in der weiteren Umgebung und im weiteren Murgtal kein weiterer Schaden entstanden ist. Die wenigen Minuten, während deren hier das Unwetter hauchte, haben verheerende Wirkung hervorgebracht.

Schwere Verkehrsunfälle
Triebra, 8. Sept. Gestern Abend ereignete sich an der Straßenkreuzung Dornbera-Triebra-St. Georgen ein schwerer Autounfall. Der 48-jährige Mechaniker E. Weinheimer von Triebra war mit dem glücklicherweise unbeschädigten von Langenschiltach im Begriff, die Straße zu überqueren, als einer der großen Omnibusse, die infolge der Sperrung der Bahnlinie den Personenverkehr Triebra-Sommerau aufrecht erhalten, die beiden von der Seite anfuhr. Weinheimer wurde überfahren und war sofort tot, während Müller schwere Beinverletzungen erlitt.

Ein weiterer Unglücksfall ereignete sich in dem kurzzeitig gesperrten großen Triebraer Rebrunnel, 300 Meter innerhalb des Tunnels fuhr eine Fördermaschine auf einen schmalspurigen Materialzug auf. Dabei kamen die Arbeiter Sched aus Petersell und Bauer aus Rainsheim zwischen Maschine und Zug. Sched erlitt schwere Bein- und Rippenquetschungen, während Bauer ein Ohr abgerissen wurde und andere Quetschungen erlitt. Beide wurden ins Krankenhaus verbracht.

Schwerer Verkehrsunfall
D3, Ettlingen, 8. September. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich in der Nähe der Spinnererei und Weberei Ettlingen. Der etwa sieben Jahre alte Junge Schuler aus Ruffelsbach sprang von einem Lastfuhrwerk in dem Augenblick herab, als ein Auto aus Kraichgau vorbeifuhr. Er sprang direkt in das Kraftfahrzeug hinein und erlitt lebensgefährliche Verletzungen, sobald er ins hiesige Krankenhaus verbracht werden mußte.

Neuenweg am Belchen. Am Samstag schlug der Blitz auch im Belchengebiet in den unterhalb der Jugendbergsberge gelegenen Bauernhof des Landwirts Friedrich Schwarz und tötete. Das häßliche Unwetter brannte reich nieder, so daß kaum das Vieh gerettet werden konnte. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 34 000 Mark.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Volkmar, Pfaffstadt Baden, Volkswirtschaft, aus aller Welt, letzte Nachrichten: E. Gränerbaum, Bad. Landtag, Gewerkschaftsblatt, aus der Partei, kleine deutsche Chronik, aus Württemberg, Durlach, Geschäftsleitung, Postamt, Die Welt der Frau: Hermann Linter, Groß-Rarlsruhe, Gemeindepolitik, Sozialer Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten: Josef Elfele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Schriftliche wohnhaft in Rarlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei: Volksfreund G.m.b.H., Rarlsruhe.

Student von Prag
von Hanns Heinz Ewers
Nur bis einschließlich Donnerstag
Täglich 4.00 6.20 8.40

Wir müßten verlängern!
Die Nachfrage ist noch immer ungeheuer!
Wir spielen daher noch einige wenige Tage:
4
1/2
9
Uhr
Westfront 1918
Der gewaltige Tonfilm
Das ist kein Film, das ist kein Theater, das ist restloses Erleben, das ist krassste Wirklichkeit, das ist einfach 2 Stunden an der Westfront 1918.
Wenn sich der Vorhang über dem donnernden, schreienden, fragenden Ende schließt, braucht man einige Sekunden, um sich zurückzufinden und erlisst festzustellen, daß man nicht im Kriege war, sondern im bequemen Sessel des Theaters. Einen solchen Eindruck kann kein Buch, kein Theater und kein stummer Film vermitteln. Das blieb dem Tonfilm vorbehalten.
Westfront 1918
das größte Tonfilm-Ereignis der Gegenwart
Seit 3 Wochen das Tagesgespräch der Stadt
Nur noch wenige Tage

SCHAUBURG
Marienstraße 16 Telefon 6284

Badisches Landestheater
Karlsruhe

Wer noch nicht Dauerbesucher ist, der
sei klug
und melde sich sofort zur Platzmiete an. Der Platzmieter ist Stütze des Theaters und daher Kulturträger! — Telefonruf: Landestheater

Konservatorium Post für Musik
Dir. Herm. Post, staatlich anerkannter
Pädagoge für Violine, **Telefon 1930**
ausübend: 1. u. 2. Fächer u. Musik-lehre (auch Abendunterricht)

Gardinen • Teppiche
Aparie N'Leinen . . . per Meter 1.50
Mod. Mull bunt . . . per Meter 1.20
Tulle ca. 130 cm br. . . per Meter 1.80
Eleg. Kunstseide bunt per Meter 3.40
Flammé alle Farben . . per Meter 4.95
Aparie Store Meterware per Meter 3.75
Madras-Garnituren 3 teilig . . 3.95
Landhausgardinen . . per Meter 0.60
1a Boucle-Teppiche 200/300 . 60.-
1a Velour-Teppiche 200/300 . 89.-
Bettvorlagen
Bett-, Tisch- und Diwanddecken
in allen Preislagen
Zusehnisse von Dekorationen kostenlos
Spezialhaus
Gebr. Kaul
Kaiserstr. 109 zwischen Adler- und Kronenstr.

Gloria-Palast
Am Rondellplatz
Ab heute in Erstaufführung!
Ein reizendes
Tonfilm-Lustspiel
Zweimal Hochzeit
Eine mißglickte Heiratsvermittlung
mit 5845
LIANE HAID
Lucie Englisch — Harald Paulsen
Paul Morgan — Ralph A. Roberts
in den Hauptrollen
Unter Mitwirkung des Ben Berlin-Orchesters
Im Beiprogramm:
Der Mädchenraub Musik ohne Instrumente
Die aktuelle Emeka-Wochenschau
Jugendliche haben Zutritt zu ermäßigten Preisen

Immer
IST DAS VOLKSFREUND-INSERAT
ein
GELUNGENER UND WERBEWIRKSAMER
Treffer

Rosenzarte Haut
zart, rein und edel ist ihre Gesichtshaut,
wenn Sie dieses das ganze Jahr hindurch
mit d. separaten Raps-Creme pflegen.
Sommerprossen, Runzeln etc. verschwinden.
In den einschlägigen Geschäften zu haben.

Durlacher Anzeigen
Fleisch-, Wurst- und
Badwarenlieferung.
Wir bereiten die Lieferung von Fleisch- und
Wurst sowie Badwaren für das städtische
Krankenhaus und Altersheim für die Zeit vom
1. Oktober 1930 bis einschl. 31. März 1931.
Zur Lieferung kommt nur beste Qualitätsware
in Betracht. Angebote hierfür sind — mit ent-
sprechender Aufschrift versehen — unter An-
gabe des auf die jeweiligen Tagespreise zu
gewährenden Rabatts bis spätestens
Donnerstag, den 11. September ds. J.,
vormittags 11 Uhr,
auf der Krankenhausverwaltung im städtischen
Krankenhaus Durlach abzugeben.
Durlach, den 5. September 1930. 1266
Städt. Krankenhausverwaltung

Wahltagswahl.
Die Stimmberechtigten hiesiger Stadt werden
zu dem am
Donnerstag, den 14. September 1930,
von vorm. 8 Uhr bis 5 Uhr nachm.,
stattfindenden Neuwahl des Reichstages ein-
geladen.
Ich nehme Bezug auf die jedem Stimmberechtigten
zugegangene Benachrichtigung, aus
welcher Stimmberechtigt und Lokal zu ersehen sind
und verteilte im übrigen auf die Anschläge an
den Wahlbenachrichtigten. Frühzeitige Aus-
übung der Wahlpflicht wird dringend emp-
fohlen.
Diejenigen Stimmberechtigten, welche sich aus
giltigen Gründen am Wahltag auswärts
aufhalten, können sich bis längstens Freitag,
den 12. September, nachm. 5 Uhr, auf dem
Rathaus — Ständekamt — unter Vorlegung
der Wahlbenachrichtigung einen Stimmzettel
ausstellen lassen, womit sie in einem beliebigen
Stimmbezirk ihre Stimme abgeben können.
Sovansetzung dafür ist jedoch, daß der
Stimmberechtigte hier in der Stimmtafel
eingetragen ist.
Wie aus dem Kundendruck der zugegangenen Be-
nachrichtigungen ersichtlich, finden diese bei der
Gemeindevahl im November in gleicher Weise
Verwendung, ihre sorgfältige Aufbewahrung bis
dahin wird daher nochmals dringend empfohlen.
Karlsruhe, den 9. September 1930.
Der Oberbürgermeister.

Westfront 1918
VIER VON DER
INFANTERIE
Roman von Ernst Johannsen
RM. 2.80 gebunden
Der gewaltige Film als Buch!
VOLKSFREUND-BUCHHANDLUNG
KARLSRUHE I. BADEN, WALDSTRASSE 28

Gesamtverband
der Arbeitnehmer der öffentl.
Betriebe und des Personen- u.
Waren-Verkehrs.
Gruppe Beamte
Donnerstag, den 11. September,
abends 8 Uhr, im Lokal zum
„Friedrichshof“
Beamten-
Versammlung
Tagesordnung: Vortrag:
Der 14. September ein Schick-
salsstag des deutschen Volkes
Ref.: Oberstadtschulrat **Simmelmann**
Kollegen! Beamte! Kommt in
diese Versammlung.
6839 Die Ortsverwaltung.

Schreibmaschine
AEG, wenig geb., wie
neu, weit unt. Preis, zu
vert. Bogelfeldstr. 39.
Frach., Swating-,
Gehrock-Anzüge
berleibt 2702
Franz Josef, Gartenstr. 7

Nußbaum
Speise-Zimmer
moderne Form
compl.
Mk. 580.-
Möbelhaus
M. Kahn
22 Waldstr. 22
(neben Colosseum)

Munz'sches Konservatorium
mit Seminar, staatlich anerkannte Musiklehranstalt
Telephon 2813 Waldstraße 79
Ausbildung in allen Zweigen der Musik einschließlich Orgel,
Meisterklassen für Instrumentalspiel, Dirigieren, Komposition,
und Solopoesang.
Seminar zur Vorbereitung für die staatliche Privatmusiklehrer-
Prüfung, Reifeprüfungen
Beginn des Schuljahres 15. September

Einich Zimmer
möbliert
auf 10. Sept. ab 1. Okt.
Waldstr. 53, Etb. III. 111.
Zu vermieten freundl.
möbl. Zimmer an solid.
Herrn od. Dame p. sofort
näheres Weinbrenner-
str. 7 a, 2. St. r. 8979

Möbl. Zimmer
zu vermieten 23983
Schiffstr. 08, 2. St. I
Möbliertes Zimmer
auf 10. Sept. ab 1. Okt.
zu vermieten. Schiffstr.
27, 3. St. r. 91986
Ein, gut möbl. Zimmer
mit voller Verp. preisb.
zu verm. am Waldstr.,
Waldstr. 6, 4. St. I. 91988

Darleben: Verbands
und Parteigenosse sucht
bringen 200 Mk. geg.
gute Eisfertigkeit 2. Leib-
Wdr. zu erl. unter 2984
im Volksfreundbüro.
Mechanikerlehrling
gucht bei 2552
Küller & Werneke
Maschinenbau
7 Reichenstraße 7

Schreibarbeiten
(Heimarbeit) jeder Art
werden ausgeführt.
Off. unt. O.Z. an das
Volksfreundbüro.
Noch gut erhaltenen
Kinderlegs-Wagen
billig abzugeben. 5843
Abfindung Dar-
landen, Kornweg 1, p.

Wählt
den guten Rastatt.
Emal-Herd nur b.
Grenz-
Andlauer, straße 10

Um die Kaufkraft zu heben, führen
wir einen großzügigen
Preis-Abbau
durch
Beispiel:
1 Schlafzimmer RM.
Eiche, moderne Form, weißer
Marmor, Innenspiegel etc. . .
1 Küche 590.-
nat. las. moderne Linien-
führung, komplett . . . nur
Möbel Carl Baum & Co.
Erbsprinzenstraße 30 (kein Laden)
Ständiges Lager über
100 Zimmer und Küchen

Dankfagung
Beim Hinscheiden unserer lieben
Entschlafenen sind uns so viele
weisse herz. Teilnahme zugegangen,
daß es uns unmöglich ist, einzeln an-
zudeuten. Wir sprechen deshalb auf
diesem Wege allen unseren innigen
Dank aus.
Karlsruhe, 8. September 1930.
Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen:
Albert Ruber

STADTGARTEN
Mittwoch, den 10. September, von 16 bis 18 1/2 Uhr
Nachmittags-Konzert der Polizeikapelle.

Zurück
Facharzt für
Gemüts- und
Nervenleiden
Dr. med. O. Rist
Bahnhofstr. 12 an d. Karlsruh.

Mietervereinig. Karlsruhe
Beisitz: (nur briefl. Korr.) Gemeindevor. 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Kastatter Anzeigen
Aufforderung
Erneuerung von Begräbnisplätzen
auf dem neuen Friedhofe Karlsruh.
Auf dem hiesigen neuen Friedhofe Karlsruh.
Begräbnisplätze, welche in den Jahren 1909
1909 und bis 1. April 1910 mit Grabschloß
belegt worden sind, umgegraben werden
belegt worden sind, umgegraben werden
gefordert, soweit eine Verlagerung der
Begräbnisplätze nicht bereits erfolgt ist.
1. November ds. J. daher zu beantragen,
die auf fraglichen Gräbern noch vorhandenen
Denkmäler u. Grabsteine zu entfernen, anzu-
solls diese von der Stadt befreit und zu
Begräbnisplätze beträgt für Erwachsene 20
Kinder 15 Jahre.
Die Verlagerungsarbeiten für ein Grabmal
graben auf 60 Mark, für ein Reihengrab auf 20
Mark.
Karlsruh, den 23. August 1930
Der Oberbürgermeister.
Renner

Land- und forstwirtschaftliche
Anschaffungs- und Veräußerungs-
Ankündigung der Reichs- und Kreis-
des Reichs für das Jahr 1930 werden
alle diejenigen Einwohner, welche
trieb seit Spätjahr 1929 eingekelt, hiermit
eingekelt oder erweitert haben, dem
hierin innerhalb 8 Tagen auf dem
Zimmer 14, mündlich oder schriftlich
zu erhalten.
So keine Anzeige erfolgt, müssen
nehmen, daß Veränderungen im
etriebe nicht eingetreten sind.
Karlsruh, den 3. September 1930.
Der Oberbürgermeister.
A. S. Odemann.